

Sergej Lawrow

Außenminister der Russischen Föderation

Smolenskaya-Sennaya Ploshchad 32/34, 119200 Moskau

Jurij Tschaika

Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation

Ul. Bolshaya Dmitrovka 15a, 125993 Moskau

In Kopie an Alexander Konowalow

Minister für Justiz der russischen Föderation

Ul. Schitnaja 14, 119991 Moskau

Berlin, April 2018

Sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt,

Am 13. März 2018, fünf Tage vor der russischen Präsidentschaftswahl, erklärte das Justizministerium der Russischen Föderation die Nichtregierungsorganisation European Platform for Democratic Elections und die litauische Mitgliedsorganisation International Elections Study Center (IESC) zu „nicht erwünschten ausländischen Organisation“. Dieser Schritt wird ermöglicht durch das Gesetz über „nicht erwünschte ausländische Organisationen“ der Russischen Föderation von 2015. Mit dieser Einstufung als „nicht erwünschte“ Organisation wird es EPDE untersagt, sich in Russland zu engagieren. Russischen Staatsbürgern ist die Zusammenarbeit mit „nicht erwünschten Organisationen“ in der Russischen Föderation verboten. Mitgliedern und Mitarbeitern der EPDE kann die Einreise nach Russland untersagt werden. Verstöße werden mit Geld- bzw. Haftstrafen bis zu sechs Jahren belegt. Die Erklärung der EPDE zur „nicht erwünschten Organisation“ ging damit einher, dass ihre Arbeit am 12.3. und 16.3.2018 durch die Fernsehsender RENTV und NTV öffentlich diffamiert wurde.

Wir protestieren gegen diese Entscheidung des Russischen Justizministeriums und schließen uns der Kritik der deutschen Bundesregierung an dem Vorgehen an. Organisationen wie EPDE unterstützen durch ihre Arbeit die Abhaltung von freien und fairen Wahlen in Europa. Der Schritt der russischen Regierung, noch dazu kurz vor einer wichtigen Wahl in Russland, offenbart ihre fehlende Bereitschaft, unabhängige zivilgesellschaftliche Beobachtung von Wahlen zuzulassen. Sie belegt darüber hinaus ein weiteres Mal, dass Russlands Regierung unabhängige, zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem In- und Ausland immer stärker diskriminiert und kriminalisiert.

Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler möchten wir unterstreichen, dass Organisationen wie EPDE und IESC mit ihren russischen Partnern relevantes Datenmaterial zur Analyse politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen in Russland zusammentragen. Sie bieten auch der russischen Gesellschaft Gelegenheit zur Selbstaufklärung. Dies zu unterbinden, ist zugleich der Versuch, den unabhängigen Zugang zu wichtigen Quellen zu versperren.

Wir rufen die russische Regierung daher auf, die Einstufung von EPDE und IESC als „nicht erwünschte“ Organisationen rückgängig zu machen und ihre russischen Partnerorganisationen keinen weiteren Repressionen zu unterwerfen. Wahlbeobachtung durch zivilgesellschaftliche Kräfte und transnationale Kooperation zu diesem Zweck sollen weiterhin möglich sein. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von EPDE, ihrer Mitgliedsorganisation IESC und den russischen Partnern von Golos, dürfen sich bei der Ausübung ihrer Tätigkeit nicht durch Einschränkungen ihrer Menschenrechte bedroht sehen.

Mit freundlichen Grüßen,

Prof. Dr. Hannes Adomeit, Senior Fellow, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK)

Prof. Dr. Timm Beichelt, Europa Universität Viadrina, Frankfurt/Oder

Prof. Dr. Thomas Bremer, Westfälische Wilhelms-Universität, Münster

Prof. Dr. Katharina Bluhm, Freie Universität Berlin

Dr. Sabine Fischer, Leiterin der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Dr. Gabriele Freitag, Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), Berlin

Dr. Gustav Gressel, European Council on Foreign Relations, Berlin

Dr. Uwe Halbach, Wissenschaftler, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Dr. Regina Heller, wissenschaftliche Referentin, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Hamburg

Dr. Margarete Klein, Wissenschaftlerin, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Prof. Dr. Jan Kusber, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Dr. Julia Langbein, Academic Coordinator/Senior Research Fellow, Freie Universität Berlin

Dr. Stefan Meister, Leiter des Robert Bosch Zentrums für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin

Prof. em. Dr. Margareta Mommsen, Ludwig Maximilian Universität, München

Dr. Manfred Sapper, Chefredakteur der Zeitschrift Osteuropa, Berlin

Prof. Dr. Gwendolyn Sasse, Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa und International Studies (ZOiS), Berlin

Dr. Christian Schaich, Administrativer Geschäftsführer, Zentrum für Osteuropa und Internationale Studien (ZOiS), Berlin

Dr. Susan Stewart, Wissenschaftlerin, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin